

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **27 (1947-1948)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Die Entwicklung der weltpolitischen Lage charakterisierte sich auch im Bereiche der letzten Wochen in *Elementen des Übergangs*, entscheidende Ereignisse sind also nicht eingetreten, abgesehen von den drastischen Maßnahmen, zu denen sich die britische Regierung aus Erwägungen der Wirtschaftspolitik veranlaßt gesehen hat. Im wesentlichen ist denn die vergangene Periode durch zahlreiche Konferenzen hinter verschlossenen Türen gekennzeichnet, und in der Hauptsache handelte es sich dabei um interne Besprechungen amerikanischer Persönlichkeiten, wie denn auch der Schlüssel zu allem Kommenden im wesentlichen *in den Händen der Vereinigten Staaten* liegt.

Dabei ist es um die wichtigsten Beratungen internationalen Charakters, nämlich um die *Pariser Besprechungen über den Marshallplan*, ziemlich still geblieben. Hier hat man aber irgendwie den Eindruck, daß eben hinter den Kulissen bedeutend mehr geht als vor ihnen. Offensichtlich wird seitens der Vereinigten Staaten ein nicht unerheblicher Druck auf wesentliche Teilnehmer dieser Pariser Konferenz ausgeübt, um sie zu einer endlichen Anpassung an die wirkliche Situation zu veranlassen, wogegen man sich aber an manchen Orten noch heftig zu sträuben scheint. Jedenfalls besteht amerikanischerseits die Meinung, man wolle und könne vorerst seine Gelder kaum an ein Europa verteilen, wo wesentliche Faktoren noch nicht begriffen haben, daß das Steuer der Politik, vorab der Wirtschaftspolitik, erheblich herumgeworfen werden muß, wenn wirklich eine grundlegende Besserung erreicht werden soll. Anscheinend ist man aber eben an verschiedenen entscheidenden Stellen, und zwar vorwiegend aus innenpolitischen Gründen, heute noch nicht so weit, und inzwischen debattiert die Konferenz über Gegenstände, die zwar theoretisch sehr bemerkenswert sein mögen, aber zur Zeit praktisch eher illusionär wirken, wie z. B. die Debatten über eine *europäische Zollunion*. Im übrigen aber fehlt es den Amerikanern natürlich keineswegs an Mitteln, wie Europa zu helfen wäre. Mit Recht wird in einem der stets interessanten Berichte des Bankhauses Julius Bär in Zürich darauf hingewiesen, wenn der Krieg Amerika 350 Milliarden Dollars gekostet habe, so würden *10 oder 20 Milliarden für eine Hilfe an Europa* bestimmt keine untragbare Belastung darstellen. Aber man begreift anderseits, daß die Amerikaner eine ziemlich handfeste Garantie haben wollen, ihre Mittel nicht einfach in ein *kollektivistisches Loch* zu werfen, sondern sie einem Europa zu geben, das sich seiner Situation und der Mittel zu ihrer Besserung endlich bewußt ist.

Das bekommt auch *England* zu spüren, ungeachtet dessen, daß es sich zu einschneidenden Maßnahmen bereits entschlossen hat. Der Europäer freilich wird von diesen tapferen Maßnahmen der Selbsthilfe eine große Hochachtung empfinden, und mit Recht ist in der Resolution des Lyoner Kongresses der Sozialistischen Partei Frankreichs auf dieses Beispiel Englands verwiesen worden. Aber das nützt natürlich nicht viel, solange es nur bei einer Resolution bleibt; und so besteht leider auch

aller Anlaß, die Situation *Frankreichs* wieder pessimistischer zu betrachten. Der mutige Ramadier versucht zwar alles, um das parlamentarische Regime zu halten, aber unter der neuen Verfassung ist eben die Position der Regierung weit schwächer als sie unter der Dritten Republik war: beispielsweise hat die Regierung nicht mehr, wie es früher der Fall gewesen ist, die Kompetenz, das Parlament in die Ferien zu schicken; — das kann nur das Parlament selbst, und das sind die Parteien. Diese aber wagen es voreinander nicht, eine solche Initiative zu ergreifen, und so erlebte man in Paris das Schauspiel, daß das Parlament bei einer Besetzung von 25 Mann (auf 600) über so wichtige Fragen wie das Statut für Algerien beriet, und die Regierung hatte kein Mittel, diesem Schauspiel ein Ende zu bereiten. Auch wächst die Disziplinlosigkeit im Lande immer mehr, die Wirtschaftslage entwickelt sich wieder rückwärts, und die Währung scheint einer neuen Krise entgegen zu gehen. Die Amerikaner aber sehen diesen Dingen zu und scheinen im übrigen auf den Augenblick zu warten, wo die Frucht reif ist und sie ihre Bedingungen diktieren können, wie es in *Italien* bereits in wesentlichen Bereichen geschehen ist.

Es entspricht auch dem Charakter der Entwicklungsphase mit ihren Elementen des Übergangs, die wir in den letzten Wochen erlebten, daß es um den entscheidenden Gegensatz zwischen *Amerika und Rußland* wieder etwas stiller geworden ist. Manche fragen sich: wird Rußland schon jetzt einlenken, oder werden sich die Gegensätze vorerst noch weiter verschärfen? Niemand aber weiß es im Augenblick. Als Preis dürfte dem verarmten und ausgehungerten Riesenreich auch heute noch die Teilnahme an der Marshallhilfe winken. Aber es ist sehr fraglich, ob es dafür so teuer bezahlen wird. Inzwischen ergeben sich immerhin weitere Perspektiven. So heißt es, England werde durch die Dollarnot veranlaßt werden, den *Handel mit dem Osten* zu forcieren, und man könnte es erleben, daß die britisch-russischen Handelsbesprechungen demnächst wieder in Fluß kommen. Trifft dies zu, so würden sich daraus interessante Elemente politischen Charakters ergeben. In den grundlegenden Fragen der Weltpolitik ist jedenfalls vorerst alles in der Schwebe, und die Entwicklung erscheint immer noch nach beiden Seiten offen.

Dieser Feststellung widerspricht keineswegs der weitere *Ausbau der gegenseitigen Positionen*, wie wir ihn zur Zeit in den Räumen des Mittelmeeres besonders eindrücklich beobachten. Haben die Debatten im Sicherheitsrat die Schärfe des russischen Druckes auf die westliche Bastion im Balkan erwiesen, so sind andererseits die Amerikaner eifrig dabei, das, was man «*die Frontlinie im Mittelmeer*» bezeichnet, auszubauen. So scheinen zwischen Italien und Griechenland bereits Verhandlungen geführt worden zu sein, und neuerdings spricht man gar von einem *italienisch-griechisch-türkischen Block*. Vielleicht erleben wir es auch noch, daß die Amerikaner Truppen nach Griechenland schicken, wenn die Labourregierung sich darauf versteifen sollte, diese Position wirklich zu räumen. Die neue Intensivierung der Beziehungen zwischen *Präsident Truman und dem Papst* gehört auch irgendwie in dieses Bild.

Das scheinen uns die wesentlichen Merkmale dieser Periode des Überganges zu sein. Im übrigen entspricht es durchaus dem Charakter dieser Zwischenphase, daß auch *das Gerede vom dritten Weltkrieg* vorerst im wesentlichen verstummt ist. Rein psychologisch gesehen ist dies schon ein Lichtblick — und die Dinge der Psychologie spielen eben bei dem starken Gewicht der öffentlichen Meinung auf der westlichen Hemisphäre doch eine bedeutende Rolle.

Jann v. Sprecher.

Brief aus England

Keine Sommerferien

Mit einer Woche Verspätung ging das britische Parlament am 13. August in die Ferien. Falls es nicht von der Regierung vorher zurückgerufen wird, tritt es erst wieder am 20. Oktober zur förmlichen Beendigung der vergangenen Session und zur Eröffnung einer neuen Sitzungsperiode zusammen. Inzwischen finden dauernd Konferenzen statt: das britische Kabinett tagte sogar Sonntags; in Genf versucht man, wenigstens die nächste Konferenz über Handel und Zölle in Havanna unter Dach und Fach zu bringen; in Washington verhandeln Fachmänner über die amerikanische Anleihe; Clayton, der amerikanische Unterstaatssekretär, pendelt zwischen Genf, Paris, London und Washington hin und her; eine weitere Sachverständigenkonferenz in Washington bemüht sich, die englisch-amerikanische Zonenverschmelzung in Deutschland endlich wirksam werden zu lassen und die Engländer von Dollarausgaben für ihre Zone zu befreien, zugleich die Kohlenproduktion der Ruhr zu heben. . . Und zum 1. Oktober sollen sich die Vertreter Bevens, Marshalls, Bidaults und Molotows in London treffen, um die nächste, die Novemberkonferenz der vier Außenminister über Deutschland vorzubereiten.

Die letzten Tage des *politischen Kampfes im Unterhaus* mögen für einen Außenstehenden vielleicht verwirrend gewesen sein. Technisch gesehen handelte es sich erstens um eine zweitägige Aussprache über die Staatslage («The State of the Nation») und zweitens um einen Zusatz zum Ermächtigungsgesetz von 1945, der es der Regierung ermöglichen soll, alle Schritte zur Krisenbehebung zu tun. Mithin waren dies Großkampftage für alle, die sich für Wirtschaftsfachleute halten. Die Opposition führte vor allem Oliver Stanley (also ein Mitglied der reichen Derby-Familie aus Liverpool) ins Feld, einen ihrer gemäßigten Sprecher, der über eine Unmenge Witz verfügt. Er beklagte, daß die amerikanische Anleihe zwei unerfüllbare Bedingungen enthalte: seit dem 15. Juli mußte London alle international anfallenden Pfunde auf dem freien Markt in jegliche gewünschte Währung, also vor allem in Dollar, umwandeln; weiterhin darf London bis heute niemand zollmäßig gegenüber den Amerikanern begünstigen. Beide Bedingungen waren in die Anleihe aufgenommen worden, weil man auf diese Weise gehofft hatte, den internationalen Handel wieder schnellstens frei und blühend gestalten zu können. Beide Bedingungen waren sowohl dem rechten Flügel der Konservativen (die Vorzugszölle für die britischen Staaten ersehnen) als auch dem linken Flügel der Arbeiterpartei (die völlige Planung ohne alle Abhängigkeit von freien Weltmärkten ersehnen) höchst unangenehm gewesen. Diejenigen, die sich für diese Bedingungen eben um des *freien Welthandels* einsetzten — wozu die britische Regierung selbst gehörte —, scheinen nun eines «schlechteren» belehrt, eines Irrtums überführt worden zu sein, — muß doch ohne allen Zweifel die Einführung solchen freieren Handels vertagt werden. Wenn die Anhänger dieser Wirtschaftsgesinnung mithin allzu hoffnungsvoller Erwartung beschuldigt werden müssen, so ändert dies doch nichts daran, daß die *Ziele selbst richtig* sind. Hoffen wir, daß sie in nicht zu ferner Zeit mit der Erholung der westlichen Welt doch noch verwirklicht werden können.

Immer noch versucht Großbritannien, nicht einfach den rückhaltlosen Schritt eines Zusammenstreichens seiner Einfuhr zu gehen, sondern es bleibt weiterhin grundsätzlich dem Glauben an eine Ausweitung des Handels, nicht eine Abdrosselung, treu. Mithin erhöhte die Regierung das Ausfuhrziel von dem im Dezember 1946 erreichten Satz von 111 % des Außenhandelsvolumens von 1938 auf 140 % für Juni 1948 und auf 160 % für Dezember 1948. Ob es gelingt, diese Riezenziffern zu erreichen, bleibt abzuwarten. Dies ist das Ziel. Es soll durch erhöhte Produktionsanstrengungen (verlängerte Arbeitszeit in Gruben und Fabriken) und erhöhten

Arbeitseinsatz (weitere Begrenzung des Konsums daheim, Rückführung von Frauen in Betriebe, Eingliederung von 300 Polen je Woche in die Gruben, und von 100 000 Balten in Landwirtschaft und Industrie) zur Wahrheit werden.

Die konservative Opposition hat versucht, die Krise in der Zahlungsbilanz zu einem *Gesamtangriff auf die Regierung* zu benutzen. Entgegen allem Brauch nahm selbst der Chief Whip (also der Abgeordnete, der als Fraktionssekretär tätig ist) der Konservativen, James Stuart, an lärmenden Unterbrechungen des Lordpräsidenten Morrison teil — wie ungewöhnlich dies ist, erhellt etwa daraus, daß Margesson, sein Vorgänger, in fast zwanzig Jahren nur ein einziges Mal im Unterhaus sprach! Da sich eine Wirtschaftsaussprache schlecht zum Parteinutzen verwenden läßt, hakte man ein, als die Regierung sich die Ermächtigung geben ließ. Diese *«Supplies and Services (Transitional Powers) Bill»* erhielt einen Zusatz, durch den die Regierung ermächtigt wird, mittels sogenannter *«Orders in Council»* — vom König erlassener Verordnungen — sicherzustellen,

«daß alle der Gemeinschaft verfügbaren Mittel in einer Weise eingesetzt werden, die für die Allgemeinheit am günstigsten ist».

Ohne Zweifel gehen diese Vollmachten äußerst weit. Die Opposition benutzte dies, zu erklären, die Regierung wolle die Freiheiten des Engländers antasten — und dies ist, Gott sei Dank!, immer ein Schlachtruf, bei dem jeder Engländer aufhorcht. Die rechtsradikale Sonntagszeitung des Lords Kemsley, *«Sunday Times»* (die nichts mit den *«Times»* gemein hat!), hat seit langem *«Freiheitsklubs»* gegen die Eingriffe der Regierung zu gründen versucht. Und nun griff *Churchill* dies auf, sprach über ein Dutzend mal im Unterhaus gegen die Regierung und ging gar zum Mikrophon, um der Welt von solchem sozialistischen Unterfangen zu berichten und zum Kampf für die Freiheit unter seiner eigenen Führung aufzurufen!

Allein das Gesetz wurde angenommen, — und die Neuwahlen, die erst im Jahre 1950 stattzufinden brauchen, werden nicht schon jetzt durchgeführt. Wieso all dies? Weil jede Verordnung der Regierung durch einfachen Parlamentsbeschluß (ein sogenanntes *«Prayer»*, weil es sich der Form nach um eine Bitte an den König handelt) widerrufen werden kann. Und kein Engländer, auch kein Anhänger des 1945 in offener Wahlschlacht geschlagenen *Churchill*, glaubt im Ernst, daß ein *Attlee* oder *Morrison* oder *Bevin* oder *Cripps* sich in einen *Hitler*, *Himmler* oder *Ribbentrop* verwandeln könne — mit andern Worten, worum man sich sorgt, ist nicht, daß auf dem Verordnungsweg England in einen totalitären Staat verwandelt würde, sondern daß die Regierung mit ihren Plänen zu zaghaft, mit ihren Ansprüchen an die leistungswilligen Bürger zu langsam und zögernd hervortritt. Hinzu kommt, daß *Churchill* keinerlei *praktischen Weg* aus der Krise wies — und der Engländer ist ungemein praktisch, gerade in wirtschaftlichen Dingen. *Anderson*, *Churchills* Schatzkanzler, verlangte eine Beschneidung der Familienunterstützungen, der Altersfürsorge, Aufschub der Einführung der verlängerten Schulpflicht, kürzere Ferien, geringere Löhne, längere Arbeitsdauer, allgemeine Verringerung der Staatsausgaben... Dem hält die Regierung entgegen, daß alle diese Schritte sich nur auf die Verschiebung der Einkommen innerhalb Englands beziehen, da es ja keinesfalls so ist, daß englische Produkte etwa ihres Preises wegen auf fehlende Kunden im Ausland stoßen. Mithin mögen die Abstimmungsziffern im Unterhaus von 170 gegen 318 zugunsten der Wirtschaftspolitik der Regierung der tatsächlichen Meinung des englischen Volkes doch sehr viel eher entsprechen, als es die Sprachgewalt eines *Churchill* wahr haben will.

Worauf gründe ich mich bei dieser Beurteilung der Dinge? Natürlich nicht einfach auf die persönliche Ablehnung *Churchills*, der in meinen Augen für *Yalta*, und mithin für die heutigen Grenzen *Rußlands* mitten in Europa, und für *Casablanca*, und mithin die Verlängerung des letzten Krieges über sein notwendiges Maß der völligen Vernichtung *Hitlers* hinaus verantwortlich zeichnet. Ich gründe mich dabei

auf die Tatsache, daß *die britische Produktionskraft*, trotz Kriegsschäden, nicht nur nicht geschwächt, sondern gegenüber 1938 gestärkt erscheint; ferner auf die Tatsache, daß bisher alles, was England zur Ausfuhr freigeben konnte, willige Käufer fand; und endlich auf die Tatsache, daß der Unterschied zwischen Produktion und Konsum nicht wirklich ins Gewicht fällt — hätte Britannien zusätzliche 30 Millionen Tonnen Kohle, so könnte es ganz Westeuropa wieder auf die Beine stellen. 30 Millionen? Das sind bloß sieben Wochen Produktion mit augenblicklich vorhandenen Kumpeln und Geräten. Setzt man 10 000 der verfügbaren Polen ein, wäre dies binnen einem halben Jahr zu schaffen! Das Defizit, so groß es ziffernmäßig wirken mag, ist keineswegs von einem Größenausmaß, daß es nicht wettgemacht werden könnte. Auch der Einwand, daß die *Verstaatlichung* zunächst der Kohlengruben, dann der Eisenbahnen und der Elektrizitätswerke, schließlich der Stahl- und Eisenindustrie sich als Hemmschuh erweisen muß, erscheint nur denen als selbstverständlich stichhaltig, die vermögensmäßige Einbußen erleiden. Wie die Dinge in England liegen, würden ohne diese Maßnahmen die Produktionsziffern aus dem einfachen Grunde fallen, weil die Arbeiter ohne solche Besitzverschiebung nicht wie bisher arbeiten würden. *Sie haben die politische Macht erobert und wollen sie benutzen.* Das steht streng im Einklang mit allen demokratischen Grundsätzen. Ohne die jetzige Regierung von Arbeiterparteilern und Gewerkschaftsführern — die sich bekanntlich von kontinentalen Sozialisten in vielen Dingen sehr stark unterscheiden —, wäre es zu Streiks, Wirtschaftsruhe und mithin zu einem tiefen Produktionsfall gekommen: dabei hat der britische Außenhandel die Ziffer 111, 1938 als 100 gerechnet, bereits heute erklommen!

F. W. Pick.

Brief aus Italien

Als ich an einem dieser heißen Augustabende im Bahnhof von Florenz die Ankunft eines Bekannten aus der Schweiz erwartete, bot sich mir auf der andern Perronseite ein Bild, das gewissermaßen als Schlußakt der italienischen Tragödie der letzten Jahre interpretiert werden darf: in einem langen Zuge aneinandergesperrter Viehwagen war Hausratgerümpel aufgestapelt, woraus da und dort ein müder Greisenkopf, ein Mädchenarm, ein Paar zerfetzte Schuhe hervorragten. Kindergeplärre wurde von keifenden Frauenstimmen durchschnitten. Vor dem Zuge, auf dem nackten Boden, hockten und lagen in denkbar schäbigen Kleidern armselige Rückwandererfiguren herum. «Woher, wohin?» fragte ich einen jungen Mann. «*Di ritorno in patria, da Tripoli*». Es sei nicht mehr zum Aushalten dort. Die von den Engländern unterstützten Araber machten ihnen das Leben so schwierig, die Verdienstmöglichkeiten seien so gering, daß sie sich zum Heimkommen entschlossen hätten. Das Bitterste sei aber die völlige Gleichgültigkeit seiner Landsleute gegenüber ihrem Schicksal. «*Si divertono* = sie amüsieren sich!» meinte er verbissen, in die Richtung eines in der Nähe des Bahnhofes liegenden Dachgartendancings weisend, woher der Wind abgerissene Jazzmusik hinüberwehte. «Ihr hättet trotz allem bleiben sollen, in sechs, in zwölf Monaten wäre Tripolitanien für Euch wieder eine gastliche Heimstätte gewesen», meinte ich. «*Lei ci crede?*» «*Sicuramente!*» «*Allora ci tornerò presto* — dann werde ich bald dorthin zurückkehren».

Ist es nicht wahrhaft tragisch, wenn in dem Augenblick, da sich auch auf diesem Gebiete eine Wendung zum Bessern für Italien anbahnt (demnächst wird sich Graf Sforza wegen des Kolonienproblems nach London begeben), seine hervorragenden Kolonisten, unter deren Händen die Wüste Afrikas in eine Kornkammer verwandelt wurde, aus Verzweiflung in das übervölkerte Mutterland zurückkehren?

Glücklicherweise haben die vergangenen beiden Monate unser südliches Nachbarvolk der Konsolidierung ein ganz beträchtliches Stück entgegengeführt. Italien

hat einmal die Idee des *Marshall-Planes* sofort angenommen. Der Appell an die europäische Solidarität, den sein gewandter *Außenminister Graf Sforza* bei der Eröffnungssitzung lancierte, gehörte zum Besten der Tagesrhetorik. Zum ersten Male war Italien wieder gleichberechtigter Partner an einer internationalen Konferenz. Eine ganze Reihe seiner Fachdelegierten wurden in die einzelnen Wirtschaftskommissionen gewählt. Welcher Gegensatz zum vergangenen Jahre, als Ministerpräsident De Gasperi, stehend, sozusagen als Angeklagter, die vom Außenministerrat mühsam erfeilschten, drückenden Friedensvertragsbestimmungen entgegenzunehmen hatte!

Diese sehr zuvorkommende Behandlung Italiens an der Marshall-Plankonferenz in Paris im Juli dürfte übrigens mitausschlaggebend für die *Ratifikation des Friedensvertrages* durch die Konstituante Ende Juli gewesen sein. Es hat dabei wenig zu bedeuten, daß dieselbe nur konditionell (Italien wird ratifizieren, sobald alle vier Großmächte — also auch Rußland — ihre Unterschrift unter das Dokument gesetzt haben werden, was ein Akt diplomatischer Courtoisie gegenüber dem großen Oststaate war) vollzogen wurde. Wichtig ist allein die Tatsache, daß Ministerpräsident De Gasperi und der Außenminister Graf Sforza eine starke Abgeordnetenmehrheit für ihre *These der politischen Vernunft* gewinnen konnten, was angesichts des latenten Widerstandes der großen Linksgruppe und des durch V. E. Orlandos politischen Schwanengesang leidenschaftlich aufgewühlten Patriotismus durchaus nicht so sicher war. Emotionelle Imponderabilien spielen ja bei romanischen Völkern seit jeher eine bedeutende Rolle. Die Regierung hat mit der Ratifizierungsannahme nicht nur einen ganz großen außenpolitischen Erfolg errungen, sondern dadurch auch den Sozialkommunisten eine «moralische Ohrfeige», wie man hierzulande sagt, versetzt, die schon lange fällig war.

Daß die bittere Ratifikation gleichzeitig auch den ersten Schritt zur *Änderung des harten Friedensdiktates* bedeuten würde, hat das Mitte August in Washington durch Lovett für Amerika und *Ivan Matteo Lombardo* für Italien unterzeichnete *Finanzabkommen* bewiesen. Weniger die Tatsache, daß Italien dadurch ca. 1000 Millionen Dollar Schulden gestrichen wurden (die zu bezahlen es ohnehin kaum je in der Lage gewesen wäre), als die «tabula rasa», die damit geschaffen wurde, ist dabei bedeutungsvoll. Denn nun dürfte auch der Weg zu einer massiven Hilfsaktion an Italien, sei es im Rahmen des Marshall-Planes, sei es in direkter Form oder über den Umweg der Import-Export-Bank in die Nähe gerückt sein. Die *Fiat-, Pirelli- und andere Konzerne* haben ja bereits *größere Darlehen* aus der ersten 100 Millionen Dollar-Tranche erhalten.

So dankbar heute Italien für die ihm aus dem Westen, vor allem den U.S.A., zugehende Hilfe ist, so ist es doch aufrichtig bestrebt, eine *streng neutrale Linie* zu verfolgen. Deshalb auch das scharfe Dementi, das der von der Tass verbreiteten Falschmeldung auf dem Fuß folgte, Italien hätte sich die Finanzhilfe durch Abtretung des Hafens von Livorno verschafft. Trotz den in der Venezia Giulia erlittenen Amputationen, die hier als schweres Unrecht aufgefaßt werden, bahnt sich zu *Jugoslawien* ein korrektes Verhältnis an, das noch vor wenigen Monaten ein Ding der Unmöglichkeit schien. Italien will mit all seinen Nachbarn in Frieden leben.

Innenpolitisch herrscht augenblicklich ziemliche Ruhe. Die Konstituante hat sich Sommerferien gegönnt. Wenn die *neue Verfassung* im bisherigen Tempo weiterberaten wird, dürfte sie kaum vor Ende 1948 abstimmungsreif sein. Da jedoch der gegenwärtige Transitionszustand durchaus akzeptabel ist, und die Konstituante nolens volens auch als Parlament, d. h. als politischer Fechtboden dient, bedeutet diese Verzögerung durchaus kein Landesunglück; wir halten eine gründliche Durchberatung sogar für einen großen Vorteil. Staub aufgewirbelt hat die Nachricht, daß das *sizilianische Regionalparlament* die «Ausfuhr gewisser Produkte nach Italien» gesperrt hat. Da scheint offensichtlich der ohnehin schwierige Ausgleich zwischen den Autarkie-Interessen der nun mit starken Autonomierechten ausgestatteten Regionen (vorläufig Sizilien und Sardinien) und dem höhern Landesinteresse noch nicht gefunden worden zu sein.

Auch im *wirtschaftlichen Sektor* standen die vergangenen zwei Monate unter einem günstigen Stern. Es ist endlich gelungen, Italien genügend mit Kohlen zu versehen, was sich z. B. darin äußert, daß ab Mitte August die Gasversorgung der Städte wieder normal geworden, der *Beschäftigungskoeffizient der Industrie* in stetigem Anstieg begriffen ist. Zwei Beispiele mögen dies belegen: die Zahl der Arbeitslosen ging um ungefähr 10 % zurück (woran allerdings die Auswanderung in bescheidenem Maße mitbeteiligt ist) und die Automobilproduktion nimmt Monat um Monat zu. Die Monatsziffer liegt gegenwärtig bei 5000 Stück, gegenüber der Durchschnittszahl von 2400 im Jahre 1946. Ebenso erfreulich entwickelt sich der *Tourismus*; der Zustrom fremder Gäste ist in ständigem Anwachsen begriffen. Schweizer, Franzosen, Belgier und Engländer stellen den Hauptharst. Der *Wiederaufbau* geht vor allem im Norden in beschleunigtem Tempo weiter, weit ausgeprägter als z. B. in Frankreich.

Einzig der *Staatshaushalt* scheint von einer Konsolidierung noch weit entfernt zu sein, trotz der nun auch auf die Aktiengesellschaften ausgedehnten außerordentlichen Vermögensabgabe, wodurch die Aktionäre zweimal besteuert werden, und trotz den allgemein vermehrten Eingängen aus Zöllen, Stempelabgaben und Umsatzsteuern. Der scharfen Krediteinschränkungspolitik, deren sich die italienischen Banken auf Wunsch des Finanzministers Einaudi seit einigen Monaten befleißigen, ist es bis jetzt nicht gelungen, die Inflation abzustoppen. Die Preise stehen im Durchschnitt ungefähr um 50 % höher als vor einem halben Jahr, denen die Löhne sukzessive folgen. Das Auftriebsmoment kommt diesmal vom nahrungswirtschaftlichen Sektor her, wo die Getreidemisernte vor allem eine sprunghafte Erhöhung der freien Brot- und Teigwarenpreise mit sich brachte, die sich nun auf alle Lebensmittel übertrug. Die kürzlich erfolgte *Abwertung* des Dollars von 225 auf 350 Lire hat sich der Lage lediglich angepaßt und dürfte kaum der Exportförderung dienen, wie die Regierung anscheinend erwartet hat, denn infolge Absinkens der «freien» Exportdevisenkurse (vor allem das Pfund Sterling, dessen Stabilität stark angezweifelt wird, hat neuerdings starke Schwächeanfänge gezeigt) liegt der Durchschnittswert der dem Exporteur zukommenden Devisen nicht höher als zu der alten Parität. Viel eher dürfte durch die nun ebenfalls erfolgte, schon lange erwartete Herabsetzung der Clearingkurse der intereuropäische Handel Italiens wieder in Gang kommen. Wie gestört er war, zeigen die wöchentlichen Bulletins der Clearingsaldi: Italien schuldet gegenwärtig seinen acht europäischen Clearingpartnern 7,6 Milliarden Lire, denen nur 450 Millionen Guthaben in drei Ländern gegenüberstehen. Um ein weiteres Anschwellen der bereits 3,5 Milliarden Lire übersteigenden Clearingguthaben zu vermeiden, setzte Frankreich in den kürzlich mit Italien geführten Verhandlungen die Rückkehr zum komplizierten 50:50 - Reziprozitätssystem durch, im selben Augenblicke, da in Genf an der Charta des freien, multilateralen Welthandelsverkehrs herumlaboriert wird.

Soll die italienische Industrie aber auch auf den Märkten der Dollar- und Pfundzone konkurrenzfähig bleiben, so dürften neue Währungsmanipulationen auf die Dauer unvermeidbar sein, denn eine interne Kostensenkung dürfte kaum in Frage kommen. Es wäre schon ein gewaltiger Erfolg der Regierung, wenn weitere Preissteigerungen vermieden werden könnten. Wenn die bis jetzt regelmäßige monatliche Papiergeldzunahme um ca. 20 Milliarden Lire endlich abgestoppt werden kann, so sollte dies möglich sein. Daß Aussichten hierfür bestehen, beweist das gestiegene Vertrauen in die italienische Währung. Dollarnoten werden gegenwärtig zu 600—620, Frankennoten zu 160—170 gehandelt, das heißt zu Preisen, die jedes Anreizes zu Hamsterkäufen in Italien entbehren. Eine Konsolidierung der italienischen Finanzlage in absehbarer Zeit liegt durchaus im Bereiche der Möglichkeit, nachdem von der politischen und wirtschaftlichen Seite her die Nachrichten so erfreulich lauten.

Peregrinus.

Militärische Umschau

«Wir dürfen nicht Blindkuh spielen»

(Eingabe des E.M.D. vom 28. Juni 1947, S. 5)

Der Ball, den die Expertenkommission für die Bundesfinanzreform in bezug auf das Militärbudget in die Öffentlichkeit geschleudert hat, ist mit zielsicherem Wurf vom Militärdepartement zurückgeworfen worden. Es dürfte der Expertenkommission schwer fallen, zum Gegenschlag auszuholen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, sie verleugne die Notwendigkeit einer hieb- und stichfesten Landesverteidigung.

Aus der klaren, sachlichen und mit zahlreichen Tabellen versehenen Eingabe des E.M.D. an den Bundesrat zur Frage der Bundesfinanzreform geht hervor, daß die Subkommission der Expertenkommission kaum in der Lage ist, «sachlich über die Zusammensetzung des Militärbedarfs zu diskutieren», denn sie ließ sich bei ihrem Entscheid eben nicht von militärischen, sondern nur von finanziellen und wirtschaftlichen Überlegungen leiten. Jedenfalls war es unverantwortlich, keine *militärischen Fachleute* in die Expertenkommission zu berufen; einzig der Chef des E.M.D. selbst erhielt, auf ganz kurzfristige Einladung hin, Gelegenheit, vor der Subkommission seine Bedenken zu äußern. «Zur Sitzung der Vollkommission wurde er nicht mehr eingeladen». Bei uns begeht man häufig den Fehler, den militärischen Fachmann zu beargwöhnen und zu glauben, in militärischen Fragen sei mehr oder weniger jedermann zuständig. Sehr richtig sagt ein Artikel im «*Journal de Genève*» No. 147: «Disons ... qu'il appartient à l'autorité militaire que représente M. Kobelt ... de déterminer ce minimum, car ce chiffre se base sur des considérations d'ordre technique qui, dans une large proportion, échappent à la compétence des commissions et du Parlement» und in einem Artikel der «*Thurgauer Zeitung*» No. 142 sagt W.: «Es geht vielmehr darum, zu prüfen, was als Minimum militärischer Anstrengungen notwendig ist, damit diese überhaupt noch einen Sinn haben».

Mit zwingender Logik entwirft das E.M.D. ein Bild der militärischen Bedürfnisse. Die Rücksichtnahme auf die Finanzlage gebietet, sich «auf das Ziel zu beschränken, die Ausbildung auf einer noch knapp genügenden Stufe zu halten und Materialbeschaffungen auf das dringend Nötige einzuschränken». Die Kosten der militärischen Ausbildung in den gesetzlich festgelegten Schulen und Kursen betragen 121 Mio. Hier sind Abstriche ohne gesetzliche Änderungen unmöglich. Daß aber eine Verkürzung der Dienstzeit nicht in Frage kommt, ist klar. Erst kürzlich haben schweizerische Journalisten festgestellt, daß in Schweden männiglich darüber erstaunt war, «wie kurz in der Schweiz die Rekrutenschulen sind» (NZZ No. 1244). Zur ordentlichen Rechnung gehören noch die Posten Zentralverwaltung (12 Mio.), außerdienstliche Tätigkeit (12,4 Mio.), Beschaffung, Unterhalt und Ersatz (126,2 Mio.), verschiedene Ausgaben, so z. B. Studien, Entwicklungen und Versuche (total 22 Mio.) und zivile Ausgaben: Turn- und Sportwesen, Militärversicherung, Militärheilstätten, Abteilung für Landestopographie, Pulververwaltung, Arbeitsbeschaffung (23,3 Mio.). Wir möchten hier die schon früher geäußerte Anregung wiederholen, diese zivilen Ausgaben bei anderen Departementen unterzubringen¹⁾. Das E.M.D. bemerkt zwar mit Recht, daß eine solche Abtrennung im Gesamtrahmen der Bundesfinanzreform bedeutungslos wäre, aber da das Militärbudget erfahrungsgemäß der Kritik am meisten ausgesetzt ist und die einzelnen Posten meist nicht unterschieden, sondern die Attacke in globo gegen die Höhe des Budgets geritten wird, wäre es psychologisch doch richtiger, diese zivilen Ausgaben auf andere Departemente zu verlagern.

¹⁾ Vergl. Januarheft 1947, S. 636 und Juliheft 1947, S. 250.

Für den *Ausbau der Landesverteidigung* sind in der außerordentlichen Rechnung 95,4 Mio. eingesetzt. Dieser Posten umfaßt alle Ausgaben, «die über die Erhaltung des Bestehenden hinausgehen und eine Verbesserung der Bewaffnung, Ausrüstung und der Landesverteidigung dienenden Anlagen bedeuten». Für die Bauten und Neuanschaffungen erster Dringlichkeit wurde ein Siebenjahresplan aufgestellt. «In die Kategorien zweiter und dritter Dringlichkeit sind jene Arbeiten eingeordnet, die erst nach Ablauf der Siebenjahresperiode in Angriff genommen werden sollen». Wie knapp die Mittel dieses Programms sind, beleuchtet folgende Tatsache: Wichtige Anschaffungen, wie z. B. Ersatz der wassergekühlten Mg 11 durch ein schnell-schießendes, luftgekühltes Einheits-Mg, Einführung von Raketenartillerie und Motorisierung der Leichten Brigaden bleiben unberücksichtigt.

In einer eingehenden Untersuchung weist das E.M.D. die Konsequenzen eines 300 Mio. Budgets nach: Reduktion der Kampftruppen um mindestens zwei Divisionen, bedingt durch einen Verzicht auf die Aushebung von ca. 5000 Rekruten, — dies bedeutet Preisgabe des Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht, Reduktion der Flugwaffe auf ca. 150 Flugzeuge (!), Abschaffung der Kavallerie, Aufgabe wertvoller Festungsanlagen (ca. ein Viertel der bestehenden Anlagen), Herabsetzung der Kredite für die außerdienstliche Tätigkeit um die Hälfte. Selbst die Vornahme aller dieser Kürzungen ergibt erst eine Summe von rund 70 Mio. Um eine Kostenherabsetzung von 100 Mio. zu erreichen, müßten noch radikalere Eingriffe vorgenommen werden! Aber «mit der weiteren Beschränkung der finanziellen Mittel unter die Grenze von 400 Mio. nimmt die Wehrkraft des Landes nicht mehr proportional den Einsparungen, sondern progressiv ab». Die allgemeinen Unkosten stünden «in einem krassen Mißverhältnis zum stark herabgesetzten Kampfwert der Armee».

In weiteren Ausführungen überzeugt uns das E.M.D. restlos, daß unsere gegenwärtigen Wehrausgaben, verglichen mit denjenigen eines normalen Vorkriegsjahres, keineswegs übersetzt sind. Die Beschränkung der Aufwendungen auf 300 Mio. im Jahr würde einen einschneidenderen Eingriff darstellen als die Begrenzung der Ausgaben auf 85 Mio. vor 20 Jahren.

Bei der Kritik am Militärbudget vergißt man im übrigen, daß die Militärausgaben «bis in die kleinsten Verästelungen von Industrie und Gewerbe pulsieren» und Arbeit und Brot liefern. Ende Dezember 1946 betrug der sich auf mehr wie sieben Industrie- und Gewerbegruppen verteilende Lieferantenstand 3558.

Interessant ist auch eine *Gegenüberstellung der Ausgaben des E.M.D. zu den Gesamtausgaben des Bundes*. Das Finanzdepartement äußerte am 14. Mai 1946 die Ansicht, daß die ordentlichen Militärausgaben 30 % der eidgenössischen Staatsausgaben, ohne Schuldendienst, nicht übersteigen sollten. Setzt man den normalen Voranschlag des E.M.D. ein, kommen wir auf einen Prozentsatz von nur 28 %.

Die Eingabe weist nach, daß vom Kriege schwer betroffene Länder wie Großbritannien, Frankreich und Holland 23—28 % ihrer Staatsausgaben für ihr Wehrwesen aufbringen, während die vom Kriege verschonte Schweiz, bei einem Budget von 400 Mio., nur rund 18 % aufwenden müßte²⁾. Die Expertenkommission schätzt unser Volkseinkommen auf 15 Milliarden, eine Zahl, die auch von privatwirtschaftlicher Seite errechnet wurde. Wehraufwendungen von 400 Mio. machen 22,3 % dieses Volkseinkommens aus. Die Eingabe bemerkt mit Recht: «Wenn das Schweizervolk für die Sicherung des Alters jährliche Aufwendungen von 500 Mio. in den ersten 20 Jahren und später 620 und 700 Mio. zu leisten gewillt ist, wird es für die Sicherung des Friedens und der Freiheit 400 Mio. Fr. im Jahr nicht als untragbar betrachten». Für alkoholische Getränke gab unser Volk in den letzten Jahren durchschnittlich 658 Mio. Fr. im Jahr aus. Könnte ein Volk, das nicht bereit ist,

²⁾ Bei Vergleichen mit ausländischen Verhältnissen müssen, wie die Eingabe nachweist, die Staatsausgaben der Kantone zu den Staatsausgaben des Bundes hinzugezählt werden.

60 % seiner Ausgaben für Alkohol für seine Wehrvorbereitung zur Verfügung zu stellen, noch Anspruch auf Wehrbereitschaft erheben?

Bundesrat Scheurer sagte einmal: «Es gibt eine gewisse Grenze des Notwendigen, unter die man nicht gehen kann, weil sonst alles nichts mehr wert ist». Man hörte aber leider nicht auf ihn. Verglichen mit den Gesamtausgaben sanken die Ausgaben des E.M.D. prozentual von Jahr zu Jahr. Erinnern wir uns an die Folgen, an die auffällige Betriebsamkeit in den letzten Jahren vor dem Krieg, um die Versäumnisse wieder einzuholen, die Vernachlässigungen wieder gutzumachen? Reichte die Zeit aus? Waren wir bereit? «Das machte es selbstverständlich, daß wir zu Kriegsbeginn nicht über eine nach allen seiten gleicherweise vollkommene materielle Bereitschaft verfügten» (Bericht des Bundesrates über den Aktivdienst, S. 14).

Die 1. August-Reden pflegen im allgemeinen optimistisch zu lauten. Heuer war dies aber nicht überall der Fall. *Bundesrat Stampfli* sagte, daß wir gut daran tun, «unsere Landesverteidigung auf der Höhe der technischen und militärischen Anforderungen zu halten» (Oltner Tagblatt No. 178) und *Bundesrat Petitpierre* sagte: «Mais la prudence nous impose de demeurer vigilants et de continuer à faire, pour notre défense nationale les sacrifices nécessaires...» (L'Effort No. 178). Wie beurteilte aber unser Außenminister in seiner Rede die allgemeine Weltlage? «Il est difficile de ne pas constater que ... le monde est plus dangereusement divisé qu'il ne l'a jamais été...» und Bundesrat Stampfli sagte in seiner bereits erwähnten Rede, man werde zum Schluß gelangen müssen, «daß die heutige Lage für die Erhaltung des Friedens nicht ohne ernste Gefahren ist».

Wir müssen den Glauben aufbringen, daß unser Volk weiterhin für seine Wehrhaftigkeit einsteht und bereit ist, der Armee die Mittel zu gewähren, die sie braucht, um ihre verfassungsmäßige Pflicht zur Behauptung der Unabhängigkeit unserer Heimat zu erfüllen. Da in einzelnen Presseorganen immer wieder, ganz zu Unrecht, der Vorwurf erhoben wird, es fehle an einer Gesamtkonzeption der Landesverteidigung und neuerdings das törichte Schlagwort einer «Taschenausgabe der Armee eines Großstaates» die Runde macht, muß daran erinnert werden, daß der Bundesrat sich in seinem Bericht an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals vom 7. Januar 1947 auf den S. 72—79 und 87—90 sehr eingehend über die Ausgestaltung und Entwicklung der Armee äußert und eine klare Darstellung der Kampfführung entwirft. Bei der raschen Vergeßlichkeit unserer Zeit wäre es, im Hinblick auf die weiteren Auseinandersetzungen um das Budget, wünschbar, daß der Chef des E.M.D. oder der Chef des Generalstabes einmal in einer *Pressekonferenz* eine allgemeine Orientierung geben würde, zur Bestätigung, daß die Gesamtplanung viel weiter gediehen ist als voreilige Kritiker glauben machen wollen.

Miles.